

„Verhandlungsbox“ sind. Ob der Rat allerdings die vom Parlament geforderte Erhöhung der Kofinanzierungssätze auf 85 Prozent, 65 Prozent und 50 Prozent mittragen wird, ist mehr als fraglich.

Die vielfach als unzureichend eingeschätzten ex-ante-Konditionalitäten der gegenwärtigen Förderperiode sollen durch sogenannte „grundlegende Voraussetzungen“ ersetzt werden. Ihre Einhaltung soll anders als die ex-ante-Konditionalitäten nicht nur zu Beginn der Programmperiode überprüft werden, sondern auch im Laufe der Förderperiode. Während das Parlament die grundlegenden Voraussetzungen begrüßt und noch zwei weitere horizontalen Voraussetzungen vorgeschlagen hat,²¹ ist der Rat dagegen bestrebt, den Geltungsbereich der Voraussetzungen zu beschränken.

Neu und von potenziell weitreichender Bedeutung für die Kohäsionspolitik ist eine spezifische Verordnung zur Rechtsstaatlichkeit, die Teil des MFR-Pakets ist.²² Sie soll die Wirksamkeit der Ausgaben und eine solide Mittelverwaltung durch eine leistungsfähige Justiz gewährleisten. Dieser neue Mechanismus soll es der Europäischen Union ermöglichen, den Zugang zu EU-Mitteln je nach Art, Schwere und Umfang der Rechtsstaatlichkeitsdefizite zu beschränken oder gar auszusetzen, denn die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien ist eine entscheidende Vorbedingung für die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und wirksame Unionsfinanzierung.

Ausblick

Die Europäische Kommission hatte mit der Veröffentlichung ihrer Vorschläge für die CPR und ihren fondsspezifischen Verordnungen das Ziel ausgegeben, vor den Wahlen zum Europäischen Parlament eine politische Einigung über diese Gesetzesvorhaben zu erreichen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Mit der Wiederernennung derselben Berichterstatter für die CPR hat das Europäische Parlament allerdings den Weg geebnet, an den Verhandlungsfortschritten, die vor der Wahl erzielt wurden, anzuknüpfen. Ob das allerdings ausreichen wird, um die Verhandlungen fristgerecht abzuschließen, damit die Verordnungen Anfang 2021 in Kraft treten können, wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt von zu vielen Unwägbarkeiten beeinflusst.

Weiterführende Literatur

Peter Becker: The reform of European cohesion policy or how to couple the streams successfully, *Journal of European Integration*, 2/2019, S. 147-168.

Riccardo Crescenzi/Mara Giua: One or Many Cohesion Policies of the European Union? On the Diverging Impacts of Cohesion Policy across Member States, SERC Discussion Papers 0230, Spatial Economics Research Centre, LSE, February 2018.

Friedrich Heinemann: Überlegungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU nach 2020 – Stellungnahme, erarbeitet anlässlich der Anhörung des Ausschusses für die Angelegenheiten der EU des Deutschen Bundestages am 21.10.2019 http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/ZEW_Stellungnahme_Europaausschuss_2019.pdf (letzter Zugriff: 9.11.2019)

21 Der Titel der vorgeschlagenen Voraussetzungen lautet: (1) Umsetzung der Grundsätze und Rechte der europäischen Säule sozialer Rechte, die zu einer echten Konvergenz und Kohäsion in der Europäischen Union beitragen und (2) Wirksame Anwendung des Partnerschaftsprinzips. Vgl. hierzu: Europäisches Parlament: Vorschlag für eine Dachverordnung, 2019, Abänderungen 379 und 380.

22 Die CPR verweist in Erwägungsgrund 6 auf diese Verordnung. Vgl. hierzu: Europäische Kommission: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Schutz des Haushalts der Union im Falle von generellen Mängeln in Bezug auf das Rechtsstaatsprinzip in den Mitgliedstaaten, 2.5.2018, COM(2018) 324 final.

Sportpolitik

Jürgen Mittag

Sportpolitisch präsentierte sich der Zeitraum seit Sommer 2018 als ein Übergangsjahr, das vor allem durch die Neubesetzung des Personals in der EU-Sportpolitik, aber auch durch eine Phase der Selbstvergewisserung in den europäischen Sportverbänden gekennzeichnet war. Unverändert strukturbildend für die europäische Sportpolitik sind die EU-Ratspräsidentenschaften. Während sich die österreichische Ratspräsidentenschaft eingehender mit der ökonomischen Bedeutung des Sports befasst hat, wurde unter rumänischer Ägide den Aktivitäten zur Steigerung der Sportpartizipation von Menschen mit Behinderungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Von der rumänischen Ratspräsidentenschaft wurde auch das Europäische Sportforum am 8. und 9. April 2019 in Bukarest ausgerichtet, das unverändert den wichtigsten Kommunikationsort für das Zusammentreffen von staatlichen und verbandlichen Vertretern im Sport darstellt. Im Mittelpunkt der am 1. Juli 2019 begonnenen finnischen Ratspräsidentenschaft stehen die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen und die Ausgestaltung des neuen Erasmus+-Sportprogramms.

Das Agenda-Setting im Sport, aber auch die Umsetzung der initiierten Aktivitäten wird von der Europäischen Kommission geprägt. Durch die Expertengruppen der Europäischen Kommission, durch sogenannte Cluster-Treffen, unter anderem zur „Integrität des Sports“, aber auch durch Treffen mit Vertretern von Fachverbänden, so unter anderem im November 2018 zum Thema „Sexualisierte Gewalt im Sport“, führt die Europäische Kommission einen strukturierten Dialog mit ausgewählten Verbänden und Organisationen. Mit der Europäischen Woche des Sports im September 2018, die zum ersten Mal auch Drittstaaten einbezog, und mit der jährlichen Informationsveranstaltung zum Erasmus+-Sportprogramm im Februar 2019 richtet die Europäische Kommission aber auch in die Breite wirkende Veranstaltungen aus. Schließlich fördert sie die Entwicklung der europäischen Dimension des Sports auch durch von ihr in Auftrag gegebene Studien. Zuletzt wurden Analysen zur Korruption im Sport¹ und zum Zugang zum Sport für Menschen mit Behinderungen veröffentlicht.² Inhaltlich setzte sich die Europäische Kommission vor allem dafür ein, die sportbezogenen Ausgaben im Rahmen des kommenden mehrjährigen Finanzrahmens 2021 bis 2027 (MFR) zu verdoppeln und den Sport stärker in den Mobilitäts- und Strukturprogrammen zu verankern. Neue Kommissarin für Sport wird voraussichtlich die Bulgarin Mariya Gabriel werden.

Das Europäische Parlament und seine „Intergroup Sport“ entwickelten vor den Neuwahlen rege Aktivitäten: So unter anderem im September 2018 eine Anhörung zum Transfersystem im Fußball, im Oktober eine Sitzung zur psychischen Gesundheit im Spitzensport und eine weitere Veranstaltung zu Kinderhandel im Sport. Der Unterausschuss Menschenrechte des Europäischen Parlaments führte im November 2018 Veranstal-

1 Ecorys/Elisavet Argyro Manoli: Mapping of corruption in sport in the EU. A report to the European Commission, Luxemburg 2018.

2 Ecorys: Mapping on access to sport for people with disabilities. A report to the European Commission, Luxemburg 2018.

tungen zu Sportgroßveranstaltungen und Menschenrechten durch. Im März 2019 richtete die „Intergroup Sport“ eine Konferenz zum Problemfeld Sport und Regionalentwicklung aus. Insgesamt präsentierte sich das Europäische Parlament unter der Leitung der Ausschussvorsitzenden Petra Kammerevert (Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, S&D) nicht nur als Anwalt der sozialen, sondern auch der europäischen Dimension des Sports. Dies zeigte sich vor allem bei den Standpunkten des Europäischen Parlaments zu EU-Förderprogrammen, die wie der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) und die Europäische territoriale Zusammenarbeit (Interreg) sportbezogene Verweise erhielten. Zur neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Bildung (CULT) nach den Wahlen zum Europäischen Parlament wurde im August 2019 Sabine Verheyen (Europäische Volkspartei, EVP) gewählt.

Für Aufsehen sorgte ein Urteil des Europäischen Gerichts erster Instanz (EUG) vom Mai 2019, demzufolge Rekordmeister Real Madrid doch keine Strafe wegen unrechtmäßiger staatlicher Beihilfen zahlen muss.³ Die Europäische Kommission hatte zuvor den Verkaufspreis des Trainingsgeländes des Vereins an die Stadt als unerlaubte staatliche Unterstützung bewertet. Ob das Übereinkommen des Europarates über die Manipulation von Sportwettbewerben, die sogenannte Magglingen-Konvention, die zum 1. September 2019 in Kraft trat, in gleicher Form wie die Rechtsprechung der Europäischen Union Verbindlichkeit und Wirkung entfaltet, bleibt hingegen abzuwarten.

Seitens des organisierten Sports stand das vergangene Jahr im Zeichen von struktureller Expansion und verbandlicher Selbstvergewisserung: Weiterhin werden neue europäische Dachverbände gegründet, so zuletzt die European Union Mountaineering Association (EUMA). Das gesamteuropäisch tätige Netzwerk European Non-Governmental Sports Organisation (ENGSO) hat im November 2018 in Budapest die erste Europäische Sportplattform organisiert, die vor allem auf Aktivitäten im Breitensport ausgerichtet ist. Vor dem Hintergrund der Entscheidung zur Internationalen Eislaufunion (ISU) der Europäischen Kommission, die als Angriff auf das Verbandsmonopol im Sport gesehen wird, markierte die Debatte über die Zukunft des europäischen Sportmodells das Leitthema der Generalversammlung des Europäischen Olympischen Komitees (EOC) in Marbella im November 2018. Sowohl EOC-Präsident Janez Kocijančič als auch der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) Thomas Bach erhoben die Bewahrung des europäischen Sportmodells mit den Prinzipien Solidarität, Inklusivität und Ehrenamtlichkeit zum zentralen Ziel. Zugleich wehrten sie sich gegen Ansätze, über das EU-Wettbewerbsrecht das Verbandsmonopol und damit auch das europäische Sportmodell auszuhebeln. In diesem Sinne setzt sich der organisierte Sport zunehmend stärker dafür ein, mit Debatten über Good Governance und Integrität im Sport zentrale Problemfelder zu besetzen, in denen die Handlungsfähigkeit und Legitimität des organisierten Sports untermauert werden sollen.

Weiterführende Literatur

- Jean-Michel De Waele/Suzan Gibril/Ekaterina Glorizova/Ramón Spaaij (Hrsg.): *The Palgrave International Handbook of Football and Politics*, Cham 2018.
- Arnout Geeraert (Hrsg.): *National Sport Governance Observer. Final report*, Aarhus 2018.
- Serhat Yilmaz: *Advancing our understanding of the EU sports policy: the socio-cultural model of sports regulation and players' agents*, in: *International Journal of Sport Policy and Politics* 2/2018, S. 353-369.

³ Vgl. Gericht der Europäischen Union: Urteil des Gerichts (Vierte Kammer) vom 22. Mai 2019. Real Madrid Club de Fútbol gegen Europäische Kommission, Rechtssache T-791/16.